

Einleitende Worte vor der Verhandlung am 24. Oktober 2018 von Axel Hopmann*

Es freut mich, dass Ihr trotz des Wetters und der ungeeigneten Uhrzeit gekommen seid. Nicht nur für mich persönlich, sondern vor allem für das Hamburger Bündnis für mehr Personal im Krankenhaus. Zwar behauptet die Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz, dass dieses Verfahren mit dem Bündnis überhaupt nichts zu tun habe. Allerdings ist das merkwürdig. Denn bei der sogenannten Anhörung vor der Abmahnung zitierte der Personalchef ausführlich aus einer unserer Pressemitteilungen und meinte, dass er gar nicht verstehen könne, wie ein Behördenmitarbeiter anderer Meinung als die Behördenleitung sein könne. Das wird nicht bestritten, und wenn doch, werden wir das beweisen.

Da könnte die Behauptung, dass es gar nicht um das Pflegebündnis gehe, schon den Eindruck erwecken, dass da jemand einen taktischen Umgang mit der Wahrheit pflegt. Damit wären wir bei dem Anlass dieser kleinen Kundgebung: Der Umgang der Regierenden und der Behörden mit dem Bündnis für mehr Personal im Krankenhaus.

Da wird behauptet, dass sie ja im Grunde auf unserer Seite stünden, nur unser Weg sei falsch, weil die Gesetzgebungskompetenz gar nicht bei den Bundesländern liege. Wer sich die Mühe macht und die Grundgesetzartikel 70 bis 75 liest und dann vielleicht noch den Paragraphen 6 des Krankenhausfinanzierungsgesetzes, wird dort allerdings finden, dass die Festlegung von Qualitätsanforderungen für die Krankenhäuser durchaus Ländersache ist. Auch hier könnte der Eindruck entstehen, dass hier jemand einen taktischen Umgang mit der Wahrheit pflegt.

Wir haben die nächste Stufe – das Volksbegehren – am 5. Oktober eingereicht. Gleichzeitig haben öffentlich die Senatsparteien zu Gesprächen auf der Basis unseres Gesetzentwurfs aufgefordert. Tags darauf war im Hamburger Abendblatt die Äußerung von Anjes Tjarks zu lesen, dass er den Abbruch der Gespräche durch die Volksinitiative bedaure. Der Eindruck, dass hier jemand einen taktischen Umgang mit der Wahrheit pflegt, könnte auch hier entstehen.

Ich sage Euch das, um zu verdeutlichen, wie Senat und die ihn tragenden Parteien mit unserer Initiative umgehen. Etwas mehr Ehrlichkeit hätten wir uns schon gewünscht.

Um das Bild abzurunden: Jede inhaltliche Auseinandersetzung wird vermieden. Wir werden auf die Bundesebene verwiesen, woraufhin wir fachlich fundiert darlegen, wieso der Gesetzentwurf aus

dem Bundesgesundheitsministerium nicht mehr Stellen bringt. Antwort darauf? Kein Bild, kein Ton.

Wir stellen dar, welche Gefahren sich dadurch für die Patientinnen und Patienten ergeben. Und das sehr konkret und mit Beispielen illustriert. Antwort? Kein Bild, kein Ton.

Wir legen dar, wie sich der Personalbedarf feststellen lässt und bieten dazu ein erprobtes Modell an. Antwort? Kein Bild, kein Ton.

Auf den Vorwurf der „Insellösung“ für Hamburg entgegnen wir: Hamburg macht so etwas bei anderen Themen durchaus, nur dass die „Inseln“ dann „Leuchttürme“ heißen. Außerdem sind wir Teil einer bundesweiten Bewegung – nichts mit „Insel“. Antworten darauf? Kein Bild, kein Ton.

Es fehlt nicht nur an Ehrlichkeit unserer Gesundheitspolitiker, sondern auch an der Fähigkeit zur sachlichen Auseinandersetzung. Das ganze Verhalten ist ein Zeichen der politischen Schwäche. Daher sollte uns der Prozess, der heute hier stattfindet, nicht einschüchtern, sondern eher ermutigen. Wir haben alle Chance, etwas Gutes für Personal und Patientinnen in den Krankenhäusern durchzusetzen. Bitte helft mit dabei und setzt alle Eure Kräfte dafür ein. Dafür danke ich Euch.

Siehe zum Hintergrund das Dossier im LabourNet Germany: [Hamburger Bündnis für mehr Personal im Krankenhaus](#) und darin Infos zum Verfahren der Gesundheitsbehörde Hamburg gegen Axel Hopfmann, Behördenangestellter und aktiv im Hamburger Pflegebündnis, weil er Texte für die Volksinitiative gegen Pflegenotstand auf seinem Arbeitsrechner hatte, wurde er von der Gesundheitsbehörde abgemahnt